06.09.2010

Arbeitsgruppe Energie

Sozialdemokratische Energiepolitik für eine nachhaltige, bezahlbare und sichere Versorgung

Zusammenfassung

Seit über 20 Jahren führt die SPD-Bundestagsfraktion ihren energiepolitische Diskurs in einer Querschnittsarbeitsgruppe mit Mitgliedern aller betroffenen Facharbeitsgruppen.
Dieses Energiekonzept fasst die Debatte zusammen und beschreibt einen Pfad hin zur Energieversorgung, die CO_2-frei, sicher und bezahlbar ist. Diese Energiewende basiert sowohl auf den Zielen des Klimaschutzes, einer unabhängigen Energieversorgung und der Modernisierung des Industriestandorts Deutschland.
Wir legen unserem Konzept die Beschlüsse der Europäischen Union und die Beschlüsse der Bundesregierungen mit SPD-Beteiligung zugrunde. Wir sind uns bewusst, dass Deutschland in der EU eine Vorreiterrolle zukommt. Die zwingende Notwendigkeit einer energiepolitischen Wende und die Unumkehrbarkeit der Entwicklung wird von immer mehr Staaten auf der Welt erkannt. Das sichert Deutschlands Position als eine der führenden Wirtschaftsnationen.

Vollständige Dekarbonisierung bis 2050
Wir stehen vor der Herausforderung, die Erderwärmung auf maximal zwei Grad gegenüber vorindustriellem Niveau zu begrenzen. Für Deutschland bedeutet das gegenüber dem Stand von 1990 eine notwendige Senkung der Treibhausgasemissionen um bis zu 95 Prozent bis zum Jahr 2050. Klar ist, dass ein „weiter wie bisher“ viel teurer wird als sofortiges Handeln. Daher wollen wir unsere Reduktionsziele und vor allem die erste Etappe von 40 Prozent bis 2020 in einem Nationalen Klimaschutzgesetz verankern. Darin werden wir einen Minderungspfad festlegen, der Unternehmen, Bundesländern und den Fachressorts der Bundesregierung bei der Umsetzung energie- und klimapolitischer Maßnahmen Orientierung gibt.

Deutschlands Zukunft als Industriestandort
Wir werden Klimaschutz, Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit gemeinsam voranbringen, wenn wir die richtigen politischen Anreize setzen und für verlässliche Investitionsbedingungen sorgen. Mit dem Umbau unserer Energieerzeugungsstruktur und dem bewussten Umgang mit Ressourcen machen wir uns unabhängiger von internationalen Energie- und Rohstoffpreisen. Wir können Arbeitsplätze erhalten und den Aufbau neuer Wertschöpfung voranbringen, indem wir neue Technologien ausbauen und unsere Wettbewerbsposition auf den Leitmärkten der Zukunft stärken.

Die Energieversorgung der Zukunft ist dezentral und erneuerbar
Unsere Stromversorgung soll bis 2020 zu mindestens 35 Prozent und ab 2050 vollständig auf erneuerbaren Energien beruhen. Auch bei Wärmeerzeugung, Kälteversorgung und Mobilität werden wir schrittweise vollständig auf Erneuerbare Energien umstellen. Durch sie können wir auf Basis heimischer Technologien ökologisch nachhaltig wirtschaften, uns unabhängiger von teuren Rohstoffimporten machen und auch in Zukunft auf eine bezahlbare und sichere Energieversorgung bauen.
Voraussetzung für den weiterhin erfolgreichen Ausbau der erneuerbaren Energien sind verlässliche politische Rahmenbedingungen. Zur Erreichung unserer Ausbauziele müssen wir auf absehbare Zeit die Vorrangregelung der Erneuerbaren Energien stärken. Wir sehen so-

wohl erneuerbare als auch konventionelle Energieanlagenbetreiber in der Pflicht, durch hohe Anforderungen an Flexibilität und Regelbarkeit ihrer Anlagen zur Systemsicherheit und zum Gelingen der Energiewende beizutragen. Wir müssen die Netz- und Marktintegration der Erneuerbaren mit dem Ziel stärken, sie in die vollständige Marktreife zu überführen. Gleichzeitig müssen wir den konventionellen Bestandskraftwerkspark und die Netzinfrastruktur so umbauen, dass Angebot und Nachfrage flexibel aufeinander reagieren können.
Wir unterstützen die Rekommunalisierung von Energieinfrastruktur, da die Energieversorgung der Zukunft weitgehend dezentral und nah am Verbraucher erfolgen muss.

Effizienz als Grundvoraussetzung
Wir stellen das Thema Effizienz und konkreter die Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch in das Zentrum unseres energiepolitischen Handelns. Wir wollen eine Effizienzinitiative starten und ein Hocheffizienz-Gesetz schaffen. Wir setzen auf eine Effizienzrevolution in Haushalten, in der Stromerzeugung und in der industriellen Produktion, um mindestens 11 Prozent unseres heutigen Strombedarfs bis 2020 einzusparen. Den Energieverbrauch zu senken, ist auch Teil der Strategie zur Begrenzung der Energiekosten.
Konkrete Handlungsmöglichkeiten sehen wir z.B. in der verpflichtenden Einführung von Energiemanagementsystemen für Unternehmen des produzierenden Gewerbes sowie die Einbeziehung weiterer Gewerbe in Maßnahmen zur konsequenten Energieverbrauchsreduktion. Wir befürworten die Schaffung eines Energieeffizienzfonds mit dem die Energieberatung von insbesondere finanzschwachen Haushalten sowie Mikro-Kredite für Effizienzmaßnahmen in Privathaushalten und Kleinunternehmen gefördert werden können.
Im Bereich der Wärmeerzeugung streben wir einen Anteil erneuerbarer Energien von 14 Prozent bis zum Jahr 2020 an. Darüber hinaus können wir mit einem intelligenten Mix aus Ordnungsrecht und Anreizen im Gebäudesektor bis zu 80 Prozent unseres Energiebedarfs einsparen. Daher wollen wir die Sanierungsquote im Gebäudebestand deutlich anheben auf 3 Prozent im Jahr und bei Neubauten schnellstmöglich den Standard von Energie-Plus-Gebäuden vorschreiben. Wir wollen das Energieeffizienz-Contracting ausbauen. Voraussetzung sind eine Novellierung des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes mit Bezug auf den Gebäudebestand sowie die Fortschreibung und Weiterentwicklung der Förderprogramme der KfW.

Unsere Antwort auf steigende Energiepreise
Angesichts der weltweit steigenden Rohstoffnachfrage und der gleichzeitigen Endlichkeit fossiler Ressourcen sind weiter steigende Energiepreise zu erwarten. Wir bieten eine nachhaltige Antwort darauf, in dem wir auf die Verringerung unserer Energieverbräuche und auf den Ausbau der erneuerbaren Energien setzen. Auf diese Weise erreichen wir eine höhere Unabhängigkeit von teuren Rohstoffimporten. Über Anreize zur Durchführung von Effizienzmaßnahmen in Privathaushalten und Unternehmen können individuelle Verbrauchseinsparungen und eine größere Kontrolle über Energiekosten erreicht werden. Darüber hinaus stehen wir für die konsequente Durchsetzung von Wettbewerb auf den Energiemärkten, damit Marktmacht nicht zulasten der Endverbraucher missbraucht werden kann. Wir wollen freie Wahl zwischen Anbietern und zwischen Tarifmodellen, die es erlauben, dann Strom zu verbrauchen, wenn er besonders günstig ist am Markt.
Für finanzschwache Haushalte sehen wir besondere Hilfestellungen im Rahmen des Energieeffizienzfonds vor. Außerdem befürworten wir die Abfederung sozialer Härten durch Maßnahmen wie den Heizkostenzuschuss im Wohngeld. Bezahlbarkeit von Energie für alle hat für uns einen hohen Stellenwert.

Modernisierung des fossilen Kraftwerksparks
Die Erneuerung und Modernisierung des konventionellen Kraftwerksparks muss sich am Emissionsminderungspfad des Klimaschutzgesetzes orientieren. Wir setzen dabei vor allem

auf kleinere und mittlere Kraftwerksgrößen sowie Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) als effizienteste Form der Energieproduktion. Wir halten am KWK-Ausbauziel von 25 Prozent bis 2020 fest und fordern ein zügiges und umfassendes Monitoring im Rahmen des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes.
Wir brauchen wirksame Regelungen zur Abschaltung von ineffizienten Altanlagen und stellen im Hinblick auf den Ausbau der Erneuerbaren Energien hohe Anforderungen an die Regelbarkeit konventioneller Erzeugungsanlagen. Wir befürworten die Erprobung und Erforschung von CCS- und CCR-Technologien in Deutschland und legen dabei besonderen Wert auf Verfahren zur Wiederverwendung des Rohstoffs CO_2. Ein CCS-Gesetz muss höchsten Sicherheitsstandards genügen. Unter Voraussetzung eines Nachweises zur Machbarkeit und zur Unbedenklichkeit von CCS/CCR sehen wir vorrangig Einsatzchancen bei der CO_2-Reduktion von Industrieanlagen.

Wir stehen zum Atomausstieg
Laufzeitverlängerungen zementieren das Oligopol am Erzeugungsmarkt, bremsen neue Wettbewerber und den Umbau unserer Energieversorgung und erhöhen das Atommüllaufkommen, mit dem wir künftige Generationen belasten.
Wir bleiben beim vereinbarten Atomausstieg und fordern die Einführung einer Brennelementesteuer, die Mitnahmegewinne der Atomkraftwerksbetreiber gegenüber dem Emissionshandel unterliegender Erzeugung abschöpft.

Leistungsfähige Energienetze
Grundlage des Umbaus unserer Energieversorgung mit dem Ziel einer Vollversorgung aus Erneuerbaren Energien sind leistungsfähige Energienetze und der Erhalt der Systemsicherheit. Wir müssen aber den Ausbau der Energienetze beschleunigen, um die schnell wachsenden Erneuerbaren Energien und die zunehmende Vernetzung mit europäischen Nachbarländern systemsicher zu bewältigen.
Ein Ausbau allein reicht nicht. Wir wollen die Energielandschaft mit Hilfe innovativer Netztechnik revolutionieren. Intelligente Netze eröffnen Möglichkeiten eines neuen Marktdesigns, für Energiedienstleistungen und die aktive Einbindung von Verbrauchern. Wir sind überzeugt, dass die frühzeitige Beteiligung der Bevölkerung essentiell für Akzeptanz und Durchsetzbarkeit von Energieinfrastrukturprojekten ist.
Auch der Einsatz und die Entwicklung von Speichertechnologien muss eine herausgehobene Rolle spielen. Die Regulierung der Energienetze muss Kosteneffizienz und Investitionsbedarf gleichermaßen in den Blick nehmen.

Mobilität der Zukunft
Mobilität hat einen sehr hohen Stellenwert in unserer Gesellschaft. Sie soll für alle möglich und bezahlbar bleiben. Angesichts von Ressourcenknappheit und der Klimaveränderung muss Mobilität klimaschonend und energiesparend organisiert. Dafür brauchen wir neue Mobilitätskonzepte und eine intelligente, gut vernetzte Verkehrsinfrastruktur. Elektromobilität kann auf der Basis Erneuerbarer Energien eine entscheidende Rolle spielen.
Wir setzen im Güterverkehr auf den Ausbau des Kombinierten Verkehrs. Wir wollen die Wettbewerbsposition der Bahn gegenüber anderen Verkehrsträgern stärken und im straßengebundenen Güterverkehr sowie in der Schifffahrt deutliche Emissionsminderungen über neue Antriebstechnologien und die Nutzung Erneuerbarer Energien erreichen.
Der europäische Flugverkehr muss unter Beachtung seiner internationalen Wettbewerbsfähigkeit ab 2012 vollständig in den Emissionshandel einbezogen werden. Wir setzen uns mit Nachdruck für die Realisierung des einheitlichen europäischen Luftraums ein. Auch die Schifffahrt muss in den Emissionshandel einbezogen werden.
Für Individualverkehr und für Nutzfahrzeuge streben wir die zügige Markteinführung von

elektrischen Antrieben an. Begleitend sind die Erprobung und Erforschung von leistungsfähigen Batteriesystemen, neuen Mobilitätskonzepten und Lösungen für die Einbindung der Fahrzeuge in das Stromnetz notwendig. Es ist darüber hinaus sinnvoll, den Einsatz von Biomethan im Mobilitätssektor stärker zu fördern und die Unterstützung des Marktes für flüssige Biokraftstoffe im Individualverkehr zu überdenken.